



Finanz- transaktions- steuer

DSW Newsletter – August 2019

Editorial	Seite 2
Impressum	Seite 2

DSW-Aktuell

Finanztransaktionssteuer: Keine gute Idee	Seite 3
Venezuela-Anleihen: DSW prüft rechtliche Schritte	Seite 4
Experten-Tipp: Regulierung von Kryptowerten nimmt Gestalt an – allen voran in Deutschland	Seite 5
Gemeinsam Anlegen macht reich	Seite 6
Prognosen auf dem Prüfstand	Seite 7

DSW-Landesverbände

Anspruch auf Schadensersatz für Aktionäre der Deutsche Bank AG	Seite 8
---	---------

Nachrangdarlehen der GARANTIS GmbH & Co. KG – neuer Name, aber gleiches Produkt	Seite 10
Prämienparverträge Sparkassen	Seite 11
Reden auf den Hauptversammlungen	Seite 12

Kapitalmarkt

So gelingt das Investment in Megatrends	Seite 13
Dr. Markus C. Zschaber: Der Kanarienvogel von Seoul	Seite 15
Dow Jones: Besser als erwartet	Seite 16
HAC-Marktkommentar	Seite 19

Veranstaltungen	Seite 7
Investor-Relations-Kontakte	Seite 20
Mitgliedsantrag	Seite 22

Editorial

Finanztransaktionssteuer- Vorhaben: Ein fatales Signal



Liebe Leserinnen und Leser,

das erste Börsenhalbjahr haben wir mit merklichen Blessuren hinter uns gelassen. Schaut man auf die Ebene der Unternehmen, so wachsen die Kopfschmerzen nahezu täglich. Die kürzlich erfolgte Einigung in der seit 30 Jahren zwischen der EU und USA streitigen Frage nach Rindfleischimportquoten lässt darauf hoffen, dass sich das transatlantische Verhältnis wieder normalisiert. Postwendend intensivierte sich aber der Handels- und auch Währungskrieg zwischen China und den USA. Sicher ist, US-Präsident Donald Trump will noch vor den Wahlen den großen Deal mit China, aus dem – zumindest optisch – die USA als klarer Sieger hervorgehen. Wir sollten also nicht zu sehr resignieren, sondern uns auch ein wenig Hoffnung belassen. Und was treibt uns hierzulande um? Leider haben wir mit Olaf Scholz einen Finanzminister, der nicht nur wegen seines Parteibuchs, sondern auch wegen seiner fehlenden Weitsicht ernsthaft meint, dass eine Finanztransaktions-

steuer irgendeinen ordnungs- oder finanzpolitischen Sinn hat. Das Gegenteil ist der Fall und das haben wir Herrn Scholz auch – nachdem die erste Aufregung verzogen war – unmissverständlich in einem appellierenden Brief mitgeteilt. Weitere Informationen und vor allen Dingen unseren Aufruf an Herrn Scholz, auf die Finanztransaktionssteuer vollends zu verzichten, finden Sie in diesem Newsletter. Selbstverständlich ist dieser Appell an Herrn Scholz nicht die einzige Maßnahme, die wir ergreifen. Entscheidend wird sein, wie die CDU sich positioniert. Dies gilt nicht nur für die Finanztransaktionssteuer, sondern auch für das eigentliche Ziel von Herrn Scholz, die Abgeltungssteuer abzuschaffen und Kapitalerträge mit dem persönlichen Steuersersatz nebst Sozialabgaben zu versteuern. Hier wir müssen wir alle sehr wachsam sein.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre unseres Newsletters.

Ihr Marc Tüngler

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.
Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

Geschäftsführung:
Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)
Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

Redaktion:
Christiane Hölz (DSW e. V.), Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen. Die Beiträge in diesem Newsletter stellen weder ein Angebot noch eine Aufforderung, Beratung oder Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Die Wertentwicklung in der Vergangenheit ist kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Werbung:
DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

Geschäftsführung:
Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

Ansprechpartner:
Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

Technische Umsetzung: Zellwerk GmbH & Co. KG

Bildnachweis: Seite 1 und 3: © bluesdesign - Fotolia.com;
Seite 2 und 5: Matthias Sandmann; Seite 3: © Eisenhans - Fotolia.com;
Seite 4: © siraanamwong - Fotolia.com; Seite 8: © aruba2000 - Fotolia.com;
Seite 9: © Tanja Esser - Fotolia.com; Seite 13: © fotomek - Fotolia.com;
Seite 16: © tawatchai1990 - Fotolia.com; Seite 20 und 21: © Kalim - Fotolia.com

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



DSW-Aktuell



Finanztransaktionssteuer: Keine gute Idee

Bundesfinanzminister Olaf Scholz plant eine EU-weite Finanztransaktionssteuer. Die DSW wehrt sich mit einem offenen Brief gegen dieses Vorhaben.

Deutsche Privatanleger sind Kummer mit der Politik gewohnt. In den vergangenen Jahrzehnten legte der Fiskus die Steuerlast immer wieder an Erträge, die mit bereits versteuertem Geld erzielt wurden. So lag der Sparerfreibetrag inklusive Werbungskostenpauschale vor 20 Jahren umgerechnet noch bei rund 3.100 Euro pro Person. Heute können Sparer gerade noch 801 Euro steuerfrei vereinnahmen.

Auf Kosten der Privatanleger

Neben den Sparern hatte der Staat auch private Aktionäre im Blick, wenn es darum ging, Einnahmen zu generieren. Die Spekulationsfrist, die dafür sorgte, dass Kursgewinne



„Vordergründig wird ein hehres ordnungspolitisches Ziel verfolgt. Im Kern geht es vor allem darum, Steuereinnahmen zu erzielen.“

nach einem Jahr Haltedauer steuerfrei blieben, wurde 2009 ersatzlos gestrichen. Im selben Jahr wurde das Halbeinkünfteverfahren, das eine Doppelbesteuerung von Dividenden auf Unternehmens- und Anlegerebene zumindest mildern sollte, durch die Abgeltungssteuer ersetzt. „Allen diesen Änderungen sind zwei Dinge gemeinsam: Sie füllen das Staatssäckel auf Kosten der Privatanleger und sie wurden mehr oder weniger blumig mit ordnungspolitischen Argumenten begründet“, sagt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler.

Brief nach Berlin: DSW stemmt sich gegen geplante EU-weite Finanztransaktionssteuer

Genau dasselbe drohe aktuell erneut, so der Anlegerschützer. „Die von Finanzminister Olaf Scholz geplante EU-weite Finanztransaktionssteuer soll wieder nach demselben Muster gestrickt werden. Vordergründig wird ein hehres ordnungspolitisches Ziel verfolgt. Im Kern geht es vor allem darum, Steuereinnahmen zu erzielen“, sagt Tüngler und weiter: „Wir haben den Bundesminister in einem offenen Brief unsere Bedenken dargelegt und hoffen darauf, dass die Steuer in der aktuellen Form nicht kommen wird.“

Ausdrücklich unterstrichen wird in dem Schreiben nach Berlin, dass die DSW der ursprünglichen Intention der Steuer, hochspekulative Finanzgeschäfte einzudämmen, positiv gegenüberstehe. „Umso mehr enttäuscht, dass die vorgeschlagene Steuer nicht auf kurzfristig orientierte Spekulationsgeschäfte abzielt, die in der Regel auf dem Einsatz derivativer Finanzinstrumente

Die DSW ist Mitglied von

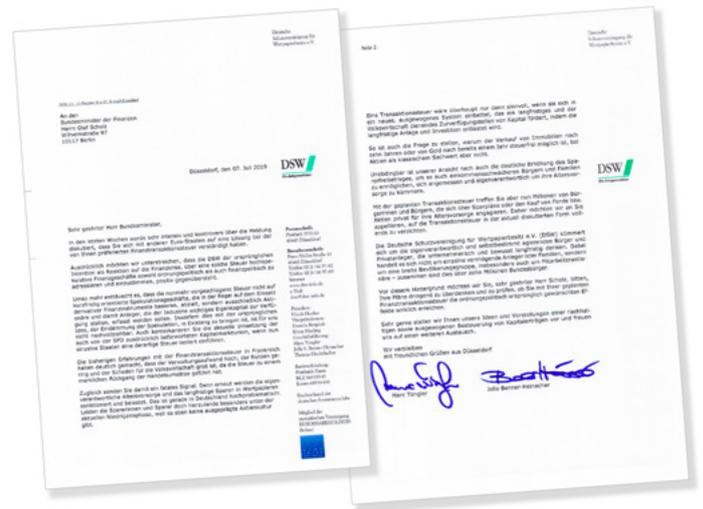


www.dsw-info.de



basieren, sondern ausschließlich Aktionäre treffen soll“, sagt Tüngler. Das wäre ein fatales Signal: Erneut werde damit die eigenverantwortliche Altersvorsorge und das langfristige Sparen in Wertpapiere sanktioniert und belastet.

Den DSW-Brief an Bundesfinanzminister Olaf Scholz finden Sie [hier](#). Oder klicken Sie einfach auf das nebenstehende Bildschirmsfoto.



Venezuela-Anleihen: DSW prüft rechtliche Schritte

Anleihezinsen von Venezuela-Bonds werden zum Großteil nicht mehr bedient. Kein Wunder, dass daher auch die Sorgen deutscher Anleger steigen. Die DSW ist dabei, für mehr Klarheit zu sorgen.

Die politische Situation in Venezuela ist ebenso katastrophal wie die wirtschaftliche. Wer sich im Machtkampf zwischen sozialistischem Präsidenten und bürgerlichem Übergangspräsidenten durchsetzen wird, ist noch völlig unklar. Die Inflation als „galoppierend“ zu bezeichnen, wäre eine Untertreibung; die Versorgung der Bevölke-

rung mit Grundnahrungsmitteln ist nicht mehr gesichert; hinzu kommen Stromausfälle, die immer wieder weite Teile des Landes, das über die größten Erdölvorkommen in Lateinamerika verfügt, komplett lahmlegen.

Diese massive Krise hat auch auf den Finanzmärkten ihre Spuren hinterlassen. Bereits seit September 2017 ist Venezuela im teilweisen Zahlungsausfall, so werden Anleihezinsen zum Großteil nicht mehr bedient. „Bei uns mehren sich besorgte Anfragen deutscher Anleger, die gerade mit Blick auf den Reichtum an Erdöl vor etlichen Jahren venezolanische Anleihen gekauft haben. Sie wollen nun schlicht wissen, wie es weitergeht“, sagt DSW-Geschäftsführer Thomas Hechtfisher.

„Wir haben jetzt in einem ersten Schritt mehrfach die venezolanische Botschaft angeschrieben und um Informationen gebeten“, sagt Hechtfisher. Eine Antwort stehe allerdings noch aus. „Als nächstes gilt es, die Bedingungen der betroffenen Anleihen zu checken und dann rechtliche Schritte zu prüfen“, kündigt Hechtfisher an. Die DSW könne hier gut auf den Erfahrungen aus zurückliegenden Fällen, wie etwa Griechenland oder Argentinien, aufbauen, in denen sie bereits aktiv die Interessen privater Anleger vertreten hatte.



Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Regulierung von Kryptowerten nimmt Gestalt an – allen voran in Deutschland



Frage: Das Thema Kryptowährung beschäftigt mich bereits seit geraumer Zeit. Nun soll es ja seitens der Bundesregierung einen Vorstoß in Sachen verschärfte Regulierung dieses Bereiches geben. Können Sie mir sagen, was da im Einzelnen geplant ist und wie realistisch eine Umsetzung ist?

Antwort: Tatsächlich gibt es einen entsprechenden Referentenentwurf. Grundlage ist die bis spätestens 10. Januar 2020 umzusetzende Vierte EU-Geldwäscherichtlinie. Damit prescht der deutsche Gesetzgeber nicht nur auf europäischer Ebene vor, zudem geht der Entwurf auch über die Vorgaben der EU-Richtlinie hinaus. Klargestellt wird, dass alle Kryptowerte zukünftig als Finanzinstrumente eingeordnet werden sollen. Diese weite Definition würde neben Token mit Tausch- und Zahlungsfunktion, die schon bisher als Rechnungseinheiten erfasst sind, auch Security Token und Investmenttoken betreffen. Zudem sollen Unternehmen, die für andere gewerbsmäßige Finanzdienstleistungen mit Kryptowerten erbringen, ab Januar 2020 der Aufsicht der BaFin unterliegen und als Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne des Kreditwesengesetzes eingestuft werden. Schließlich soll das Kryptoverwahrgeschäft künftig lizenzpflichtig werden. Die DSW begrüßt die umfassende Definition des Begriffs „Kryptowerte“ und die damit zusammenhängende weitgehende Regulierung. Allerdings kann ein deutscher Sonderweg nur ein erster Schritt sein. Wünschenswert wäre ein EU-einheitlicher Ansatz, der dann auch von europäischen Aufsichtsbehörden wie der europäischen Wertpapieraufsicht (ESMA) unterstützt beziehungsweise mitgetragen würde.

Wider die Vernunft

Zwar halten deutsche Anleger Aktien für die rentierlichste Anlage, doch gekauft werden Dividendenpapiere hierzulande trotzdem nur selten.

Versicherungen und Pensionskassen sowie klassische Spar- und Termineinlagen sind nach wie vor die mit Abstand beliebtesten Anlagevehikel der Deutschen. Rund 75 Prozent der insgesamt knapp 6,3 Billionen Euro, die Privathaushalte hierzulande auf der hohen Kante haben, liegen in solch nicht gerade hochrentierlichen Produkten. „Schnelle Verfügbarkeit und – vermeintlich – geringere Risiken, sind vielen Anlegern leider wichtiger als die langfristig erzielbare Rendite“, sagt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler. Dabei wissen die Deutschen

es eigentlich besser. Das legen zumindest die Ergebnisse einer kürzlich veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa nahe.

Gute Renditechancen für Aktien, aber...

Danach sind immerhin 28 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass Aktien nach einer Mindestanlagedauer von drei Jahren die höchste Rendite aller Anlageprodukte abwerfen. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass in den Befragungen aus den Jahren 2011 bis 2015 und 2018 mit weitem Abstand Gold genannt wurde. In diesem Jahr landete das Edelmetall knapp geschlagen auf Rang zwei. 26 Prozent sahen hier die besten Renditechancen für die kommenden drei Jahre. Nur 16 Prozent der Befragten gaben Fonds als die größten Gewinnbringer an. An Fest- oder Termingeld und Anleihen glauben jeweils nur drei Prozent.

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



„Die Zahlen zeigen, dass Aktien als langfristige Renditebringer mittlerweile durchaus einen guten Ruf genießen. Auf der anderen Seite ist der in Deutschland weit verbreitete Hang zu Gold offensichtlich intakt. Das Edelmetall wird als Schutz gegen Inflation und Krisen aller Art begriffen. Vergessen wird dabei oft, dass es sich um ein Investmentvehikel handelt, dessen Kurs vor allem von externen, schwer kalkulierbaren Einflüssen abhängt, und das selber keinerlei Ertrag erwirtschaftet“, kommentiert Tüngler die Daten. Ein Blick auf die Wertentwicklung einer Feinunze Gold im Vergleich zum DAX30 ab 2011 belegt, dass die deutschen Privatanleger mit ihrer positiven Erwartung in den vergangenen Jahren meist danebengelegt haben. Während der Goldkurs von Anfang 2011 bis Mitte Juni

2019 um rund 12,4 Prozent zulegen konnte, lag das Plus beim DAX im gleichen Zeitraum bei gut 74 Prozent.

Nur ein Bruchteil der Befragten hält Aktien

In der Praxis legen die im Rahmen der Studie Befragten ihr Geld allerdings völlig anders an. Hier belegen weder Aktien noch Gold einen der vorderen Plätze. Ganz vorne dabei: Immobilien und Bausparverträge oder Bausparpläne. Jeweils 28 Prozent der Menschen haben so ihr Geld investiert. Auch Tagesgeldkonten und Fondsanteile sind mit jeweils 24 Prozent weit vorne. Entgegen der Gewinneinschätzung halten nach eigenen Angaben nur 15 Prozent der Befragten Aktien.

Gemeinsam Anlegen macht reich

Die nicht enden wollende Niedrigzinsphase führt zu einer Renaissance der Investmentclubs. Die DSW hilft bei der Suche.

Die Hoffnung, dass die Niedrigzinsphase bald hinter uns liegt, scheint sich erst einmal nicht zu erfüllen. Schwelende Handelskriege, sich weltweit eintrübende Konjunkturaussichten sowie der immer hitziger werdende Konflikt zwischen dem Iran und den USA dürften die Notenbanken wohl kaum zum Überdenken ihrer Politik des billigen Geldes bringen. „Solange die Inflation im Euro-Raum moderat bleibt, die Verschuldung einiger Staaten hoch und die Konjunktur nicht massiv anzieht, gibt es auch für die Europäische Zentralbank keinen Grund, den Leitzins anzuheben“, prophezeit DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler.

Investmentclubs erleichtern für viele Sparer die Aktienanlage

Privatanleger, die mit ihrem Geld eine nachhaltige Rendite erzielen wollen, kommen um Aktien als Investmentvehikel

somit nicht mehr herum. Diese Erkenntnis ist zwar mittlerweile bei vielen Deutschen angekommen, doch etliche trauen sich die Entscheidung, welche Aktien sie denn nun kaufen oder verkaufen sollen, alleine schlicht nicht zu. Zudem reicht das zur Verfügung stehende Kapital nicht immer aus, um das Depot breit genug aufzustellen. „Eine Lösung kann hier ein privater Investmentclub sein, in dem gemeinsam recherchiert, diskutiert und über den Kauf oder Verkauf von Aktien entschieden wird“, sagt Tüngler.

Nachfrage potenzieller Mitglieder größer als aufnahmebereite Investmentclubs

Gleichgesinnte zur Gründung eines solchen Clubs zu finden, ist allerdings nicht ganz einfach. „Gerade in den vergangenen Monaten erhalten wir vermehrt Anfragen, ob wir als Dachverband deutscher Investmentclubs nicht Mitglieder an aufnahmewillige Clubs vermitteln können“, sagt Tüngler. Wenn die Voraussetzungen stimmen, sei die DSW hier natürlich gerne unterstützend tätig, versichert der Anleger-schützer. „Aktuell haben wir aber deutlich mehr potenzielle Clubmitglieder als aufnahmebereite Clubs“, so Tüngler und appelliert an die Investmentclubs: „Wenn sie Mitglieder suchen, können sie sich gerne an uns wenden. Einfach unter dem Kennwort ‚Investment-Club‘ eine Mail mit den wichtigsten Rahmendaten an dsw@dsw-info.de senden.“

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



Prognosen auf dem Prüfstand

Die DSW und Kirchhoff Consult legen eine Analyse der DAX-Prognoseberichte vor. Das Ergebnis: eher positiv.

Das Fazit der Analyse der von den DAX-Konzernen im Jahr 2018 vorgelegten Prognoseberichte, die die DSW erneut gemeinsam mit der Hamburger Agentur für Finanzkommunikation Kirchhoff Consult AG erstellt hat, fällt grundsätzlich positiv aus: So quantifizierten alle untersuchten AGs ihre Ergebnisprognose auf Konzernebene und/oder für alle Konzernsegmente. Im vorherigen Jahr hatten die Lufthansa AG und die Merck KGaA noch auf eine solche Quantifizierung verzichtet, was ihnen eine Einordnung in die Kategorie „Niedrige Transparenz“ einbrachte.

Mehr Unternehmen mit höherer Transparenz

Die Lufthansa konnte nun sogar direkt in die Kategorie „Hohe Transparenz“ aufsteigen. Sie ist damit eine von insgesamt 15 DAX-Gesellschaften in der höchsten Transparenzklasse – im Vorjahr waren das noch 13 Unternehmen. Weiterhin schafften auch Henkel, MunichRe und SAP den Sprung in die höchste Klasse, während ThyssenKrupp in die Kategorie „Mittlere Transparenz“ abrutschte und Linde – in Ermangelung eines Prognoseberichts für den Konzern – aus

der Wertung fiel. Wie bereits im Vorjahr erfüllte die Deutsche Telekom die meisten Transparenz-Anforderungen.

„Die kontinuierlich steigende Transparenz der Prognoseberichte ist erfreulich und ist sicher auch ein wichtiges Signal an die Investoren. Auf der anderen Seite stellt sich natürlich gerade aktuell die Frage, was Prognosen wirklich wert sind, wenn gefühlt eine Gewinnwarnung nach der anderen kommt. Prognosen sollten keine Schönwetterberichte sein, sondern – auch wenn es insbesondere in einem sich eintrübenden Konjunkturmilieu durchaus unangenehm sein kann – ein möglichst emotionsloser Blick auf die zu erwartende Geschäftsentwicklung“, kommentiert DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler die ermittelten Daten.

Nichtfinanzielle Informationen gewinnen an Bedeutung

„Die Ergebnisse unserer diesjährigen Studie zeigen auch die zunehmende Wichtigkeit von nichtfinanziellen Leistungsindikatoren in der Berichterstattung. Die Unternehmen werden sich langsam, aber sicher bewusst, dass es auch über die reinen Finanzkennzahlen hinaus Informationen gibt, die für den Unternehmenswert relevant sind und die Unternehmensphilosophie vermitteln. Dass sich nichtfinanzielle Informationen nun auch verstärkt im Prognosebericht niederschlagen, ist die logische Konsequenz“, ergänzt Klaus Rainer Kirchhoff, Gründer und Vorstandsvorsitzender der Kirchhoff Consult AG.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen Aktien- und Anlegerforen** präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind – so zum Beispiel der unmittelbaren Diskussion mit dem Management.

Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um circa 21:00 Uhr.

Die DSW befindet sich in der Sommerpause – zumindest was die für DSW-Mitglieder kostenfreien Aktien- und Anlegerforen angeht. Schon sehr bald sind wir jedoch wieder in ganz Deutschland mit unseren Informationsveranstaltungen für Sie unterwegs. Wann wir wo vor Ort sein werden, erfahren Sie im nächsten DSW-Newsletter.



DSW- Landesverbände



Anspruch auf Schadensersatz für Aktionäre der Deutsche Bank AG

Die Deutsche Bank war in letzter Zeit leidgeprüft überdurchschnittlich häufig Thema in den Nachrichten. Unglücklicherweise nehmen auch die juristischen Probleme der Deutschen Bank AG immer mehr zu. Dabei wurden auch und im Besonderen die Aktionäre geschädigt. So hat der Aktienkurs allein seit 2011 etwa zwei Drittel seines Wertes verloren.

Fehlerhaftes, aktionärsschädigendes Verhalten der Deutschen Bank AG – ohne den Betroffenen Ersatz zu bieten – sollte es nicht geben. Dies umso mehr als ein Teil dieser Kursverluste durch fehlerhafte Information der Aktionäre entstanden ist. Die Deutsche Bank AG hat den Kapitalmarkt nicht darüber informiert, dass sie im Jahr 2016 Milliarden bezahlen musste, um Rechtsstreitigkeiten in den USA beizulegen. Zudem wurden keine entsprechenden Rücklagen gebildet. Als bekannt wurde, dass die amerikanischen Finanzbehörden rund 14 Milliarden US-Dollar von der Bank forderte, sackte der Kurs um über 9 Prozent ab. Dieser Kursverlust ist unserer Ansicht nach von der Deutschen Bank zu erstatten.

Worum geht es?

Die Deutsche Bank hatte, wie viele andere Kreditinstitute auf dem US-Markt, ihre Rückzahlungsansprüche gegen Darlehensnehmer aus vielen Darlehensverträgen kombiniert und daraus eine eigene Wertpapierklasse geschaffen, sogenannte RMBS-Zertifikate. Die Funktionsweise

war im Wesentlichen so, dass Anleger, die in diese Zertifikate investierten, eine Rendite von der Bank erhielten. Diese Renditeerwartung der Anleger sollte durch die Zahlungen gesichert sein, die die Bank aus diesen Darlehen zu erwarten hatte. Viele dieser Immobilienkredite wurden notleitend. Sie konnten nicht zurückgezahlt werden. Damit fielen auch die Sicherheiten für die RMBS-Zertifikate der Deutschen Bank weg und auch die entsprechenden Wertpapiere fielen aus.

Da dies kein isoliertes Phänomen innerhalb der Deutschen Bank war, sondern von einem Großteil der US-Banken so betrieben wurde, war in dieser Situation der Nährboden für die Finanzkrise bereitet. Die Deutsche Bank hat jedoch einen besonderen Anteil, da sie der zweitgrößte Emittent von RMBS-Zertifikaten auf dem US-Markt war. Der größte Emittent war die Bank Lehman Brothers, die im Zuge der Finanzkrise zu unrühmlicher Bekanntheit gelangt ist.

Der Schadenersatzanspruch setzt nun an der Aufarbeitung dieser Krisenursachen an. Gegen zahlreiche Großbanken wurden in der Folgezeit Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sämtliche namhafte Institute waren darunter: Bank of America, Citigroup, Morgan Stanley und auch die Deutsche Bank.

Wie hat die Deutsche Bank reagiert?

In ihren Geschäftsberichten hat die Deutsche Bank berichtet, dass wegen dieser Zertifikate Ermittlungen gegen sie stattfinden. Die Problematik beginnt jedoch damit, dass namhafte Wettbewerber der Deutschen Bank sich zu diesem Zeitpunkt schon in Vergleichen mit dem amerikanischen Justizministerium (Department of Justice - DoJ) auf hohe Milliarden-Vergleiche geeinigt haben.

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de

DSW
Die Anlegerschützer

Für die Öffentlichkeit war zu diesem Zeitpunkt nicht erkennbar, dass es sich um den gleichen Kernsachverhalt handelt, weswegen auch gegen die Deutsche Bank ermittelt wurde. Der Deutschen Bank selbst musste dies aber sehr wohl klar sein. Nicht zuletzt gab sie im Rahmen ihrer Geschäftsberichte bekannt, dass sie bei der Bewertung der Geschäftsrisiken auch die Situation von Wettbewerbern einbezieht, wo diese vergleichbar ist. Getan hat sie das aber nicht. Jedoch wurden von der Deutschen Bank weder Rückstellungen in einem annähernd ähnlichen Bereich gebildet, wie die Wettbewerber Zahlungen zu leisten hatten, noch wurde eine Ad-hoc-Mitteilung an den Kapitalmarkt herausgegeben, als sich durch wiederholte Vergleichsabschlüsse mit den Wettbewerbern der Bank zeigte, dass auch für die Deutsche Bank ein überwiegendes Risiko besteht, einen solchen Vergleich abschließen zu müssen.

Umso größer war daher die Überraschung an den Kapitalmärkten, als am 15. September 2016 die Information öffentlich bekannt wurde, dass das US-Justizministerium einen Betrag von 14 Milliarden US-Dollar von der Deutschen Bank zur Beilegung möglicher künftiger Rechtstreitigkeiten forderte. Die Aktie der Bank gab stark nach und medial machten die Gerüchte die Runde, dass Staatshilfen für eine Rettung der Bank erforderlich werden könnten, weil sie dieses Risiko nicht selbst schultern könne.



Was ist die Folge?

Wir werfen der Deutschen Bank vor, dass sie die Öffentlichkeit und die Kapitalmärkte nicht ausreichend darüber aufgeklärt hat, welche Risiken das Unternehmen aus der Beilegung von US-Rechtstreitigkeiten wegen ihrer Involvierung bei RMBS-Zertifikaten zu erwarten hat, obwohl sie es mit überwiegender Wahrscheinlichkeit selbst wusste. Der Vorwurf wiegt besonders schwer, weil die zu erwartenden Beträge die Bank sogar in die Gefahr einer Insolvenz hätte bringen können.

Daraus ergibt sich ein Schadenersatzanspruch für Aktionäre der Deutschen Bank.

Wer kann Schadenersatz verlangen?

- Zum Schadenersatz berechtigt sind alle diejenigen Aktionäre, die Aktien der Deutschen Bank ab dem 21. August 2014 gekauft haben
- und sie am 15. September 2016 gehalten haben.

Wie viel Schadenersatz kann verlangt werden?

Als Mindestschaden gehen wir von 9,17 Prozent des jeweils individuellen Kaufpreises aus. Alternativ kann entweder dieser Betrag oder die Rückabwicklung eines Aktiengeschäfts, das zwischen dem 21. August 2014 und dem 15. September 2016 getätigt wurde, gefordert werden, wenn die Aktien noch vorhanden sind. Dann werden die Aktien zurückgegeben und der Kaufpreis wiedererstattet. Wurden die Aktien nach dem 15. September 2016 verkauft und ab dem 21. August 2014 gekauft, können Anleger den Veräußerungsverlust erstattet bekommen.

Was passiert als nächstes?

Wir wollen ein Kapitalanlegermusterverfahren (KapMuG-Verfahren) einleiten. Das ist ein Sammelverfahren, bei dem die Ergebnisse für alle beteiligten Aktionäre gelten. Um daran teilzunehmen, gibt es zwei Möglichkeiten. Die erste ist, selbst eine Klage einzureichen. Damit wird man selbst aktiver Teil des KapMuG-Verfahrens und profitiert direkt von den Ergebnissen. Die zweite ist, zu warten, bis das KapMuG-Verfahren eröffnet ist und dann seinen Anspruch

anzumelden. Hierdurch wird die Verjährung gehemmt. Man muss dann nach Abschluss des KapMuG-Verfahrens eine Klage erheben. Die Anmeldung ist sehr kostengünstig und Aktionäre können somit zu einem vergünstigten Preis die Entwicklung des KapMuG-Verfahrens abwarten.

Wann muss gehandelt werden?

Die Verjährung der Ansprüche droht zum Ende des Jahres 2019. Eine Klage hemmt die Ansprüche sicher und dauerhaft. Da das KapMuG-Verfahren Ende 2019 sehr wahrscheinlich nicht eröffnet sein wird, ist die günstige Anmel-

dung dann noch nicht möglich. Wer nicht gleich klagen will, muss die Verjährung anderweitig hemmen, zum Beispiel durch ein Güteverfahren.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Daniela Bergdolt zur Verfügung. Frau Bergdolt ist Vizepräsidentin der DSW.

Sie erreichen Frau Bergdolt unter:
Tel.: (089) 386654-30
www.ra-bergdolt.de

Nachrangdarlehen der GARANTIS GmbH & Co. KG – neuer Name, aber gleiches Produkt

Immer wieder erreichen uns Anfragen zu Produkten und Fragen aus dem grauen Kapitalmarkt. Das nachfolgende Produkt ist auch ein solches aus dem grauen Kapitalmarkt und ein Nachrangdarlehen.

Häufig erfassen Verbraucher, die Kapitalanlagen dieser Art erwerben, nicht, dass das Nachrangdarlehen bei Insolvenz des Darlehensnehmers, wie der Name es schon sagt, nachrangig ist und in der Regel Zahlungen beziehungsweise Rückzahlungen nicht mehr erfolgen, so dass der Totalausfall wahrscheinlich ist. Das vorliegende Produkt wurde über die WBS Finanzservice GmbH als Garant Flex vertrieben und ist ein qualifiziertes Nachrangdarlehen.

Zwischen dem Anleger, der Darlehensgeber ist, und der WBS Finanzservice GmbH, die Darlehensnehmer ist, wurde ein Gesamtdarlehensbetrag vereinbart. Ein Darlehenszins wurde mit 8 Prozent p.a. bei einer Laufzeit von 300 Monaten gewährt. Der Darlehensgeber/Verbraucher sollte daher 8 Prozent auf den Gesamtdarlehensbetrag erhalten. Im Verlauf der nachfolgenden Jahre nannte sich die WBS Finanzservice GmbH nach Umfirmierung um, in die GARANTIS GmbH & Co. KG. Der Name GARANTIS ist jedoch nicht Programm. Anleger, die das Nachrangdarlehen kündigten, haben die Beträge nicht zurückerhalten.

Worauf ist zu achten?

Als Kapitalanlage bietet sich zu keinem Zeitpunkt ein Investment in Nachrangdarlehen an, wenn der Anleger Sicherheit wünscht. Bitte lassen Sie sich nie von dem Namen des Produktgebers täuschen.

Selbst wenn in dem Namen/Firmenbezeichnung das Wort „GARANT“ oder „GARANTIS“ erscheint, ist dies keine Garantie für den Rückerhalt des eingesetzten Kapitals, sondern es ist immer mit dem Totalverlustisiko zu rechnen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Kerstin Bontschev zur Verfügung. Frau Bontschev ist HV-Sprecherin der DSW.

Sie erreichen Frau Bontschev unter:
Tel:(0351) 21520250
www.bontschev.de

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



Prämienparverträge Sparkassen

Die Sparkassen haben in den Jahren 1994 ff. Prämienparverträge aufgelegt und den Anlegern angeboten, Einmalbeträge oder monatliche Einzahlungen auf die Spareinlage zu leisten, die dann einerseits verzinst wird und andererseits eine verzinsliche Prämie erhält, die gestaffelt ist.

So sollte die Prämie nach dem dritten Sparjahr (zusätzlich zu zahlen) 3 Prozent betragen, im sechsten Sparjahr 8 Prozent und dann bis zum 14. Sparjahr auf 45 Prozent steigen und im 15. Sparjahr mit 50 Prozent enden. Die Prämienstaffel betraf immer die zu diesem Zeitpunkt vertragsgemäß geleisteten Sparbeiträge des jeweils abgelaufenen Sparjahres. Um die Frage der Kündigung der Prämienparverträge durch die Bank geht es in der vorliegenden Fallkonstellation nicht; dieses wurde mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) aus dem Monat Mai 2019 zu Lasten der Anleger entschieden. Der BGH hat in den ihm vorliegenden streitgegenständlichen Fällen entschieden, dass nach Ablauf der Zeiträume des 15. Sparjahres, mithin dem Ende der Prämienstaffel, die Bank kündigen kann.

Vorliegend geht es um die Frage der Wirksamkeit der Verzinsung. Häufig findet sich in den Sparverträgen, die in der Regel aus zwei knappen Seiten bestehen, eine Regelung wie folgt: „Die Spareinlage wird variabel, zurzeit mit 4 % verzinst.“ Es stellt sich die Frage, ob diese Regelung unwirksam ist. Die Verbraucherzentrale Sachsen vertritt die Auffassung, dass es an einer wirksamen Vereinbarung über die Zinsanpassungskriterien fehlt und daher diese Zinsanpassungsklausel unwirksam ist. Dieses ist Gegenstand der eingereichten Musterfeststellungsklage.

Darüber hinaus ergibt sich im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung, dass eine interessengerechte (beiden Seiten) Zinsanpassung erfolgen muss. Sinnvoll ist, dass als Referenzzins immer ein vergleichbarer Zins genommen wird, der sich bei Spareinlagen, wie in der hier vorliegenden Konstellation, an Zinsen für vergleichbare langfristige Spareinlagen zu orientieren hat.

Hier gibt es die Möglichkeit, sich an verschiedene Zeitreihen, die die Zinsstatistik der Deutschen Bundesbank erfasst, zu orientieren. Geht man von der Zeitreihe WX4260 aus (findet auch Anwendung bei Umlaufrendite inländischer Schuldverschreibungen und Hypothekendarlehen mit Restlaufzeit zehn Jahre), so ergibt sich ein maßgeblicher Referenzzinssatz bei Vertragsbeginn im Jahr 1994 in Höhe von circa 7,9 Prozent p.a. Dieser Referenzzinssatz und damit der korrekte Zinssatz, mit dem der jeweilige Sparerbetrag zu verzinsen ist, führt teilweise zu fünfstelligen Differenzen hinsichtlich der Zinshöhe, damit zu möglichen Ansprüchen der Sparer gegen die Sparkasse auf Zinsnachzahlung.

Auch wenn die Frage der Verjährung immer wieder durch Banken herangezogen wird, um Ansprüche zu Fall zu bringen, handelt es sich vorliegend nicht um Ansprüche des Sparer, die ohne Rechtsgrund geleistet wurden und daher zurückgefordert werden, sondern vielmehr um eine Vertragsanpassung aufgrund einer unwirksamen vertraglichen Regelung, mit der Folge, dass auf den Vertragsbeginn abzustellen ist und der Anspruch erst mit Geltendmachung entsteht. Eine Entscheidung der Gerichte steht noch aus.

Worauf ist zu achten?

Sie sollten auf jeden Fall Ihren Prämienparvertrag auf mögliche Ansprüche prüfen lassen, die Ihnen gegen die Sparkasse auf Zinsnachzahlungen zustehen, gegebenenfalls unter Hinzuziehung eines Sachverständigen. Auf jeden Fall sollte eine etwaige Verjährung gehemmt werden, beispielsweise durch Anrufen einer Schlichtungsstelle, eines Ombudsmanns oder der Einleitung anderer verjährungshemmender Maßnahmen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen
Kerstin Bontschev zur Verfügung.
Frau Bontschev ist HV-Sprecherin der DSW.

Sie erreichen Frau Bontschev unter:
Tel:(0351) 21520250
www.bontschev.de

Dr. Günther Hausmann: Rede auf der HV der VIB Vermögen AG

2018 war ein weiteres sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. Eindrucksvoll der Fünfjahresüberblick auf der letzten Seite des Geschäftsberichts: Alle Kennzahlen zeigen sich extrem positiv entwickelt. So wurde das Konzernergebnis von 32 auf 60 Millionen Euro fast verdoppelt.

Das Geschäftsmodell von VIB ist transparent und sehr erfolgsträchtig. Die erstellten Immobilien sind begehrt und gut zu vermieten. Vorstand und leitende Mitarbeiter haben sehr gute Verbindungen und das notwendige Know-how, um das chancenreiche Umfeld erfolgreich zu nutzen. Die Aktionäre können sowohl mit der Dividendenzahlung als auch mit der Kursentwicklung recht zufrieden sein. So ist der Kurs der VIB Aktie seit Ende 2014 um circa 80 Prozent gestiegen und die vorgeschlagene Dividende ergibt eine Rendite bezogen auf den aktuellen Kurs von circa 2,6 Prozent.

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Dr. Günther Hausmann: Rede auf der HV der Grammer AG

In der HV des vergangenen Jahres stand das Übernahmeangebot der chinesischen Ningbo Jifeng Gruppe im Mittelpunkt und der Vorstand hat sehr stark dafür geworben, dieses Angebot anzunehmen. Die Zukunft der Grammer AG an der Seite des starken chinesischen Partners wurde in schillernden Farben dargestellt und die Aktionäre wurden gebeten diesem Angebot zuzustimmen, was dann ja auch mit großer Mehrheit geschehen ist.

Umso mehr hat mich überrascht, als dann im September die Meldung kam, dass der komplette Vorstand die sogenannte „Change of Control Klausel“ gezogen hat, die unglücklicherweise in den Vorstandsverträgen ver-

einbart war. Ohne sich groß um die Nachfolge zu kümmern, ist man Ende des Jahres ausgestiegen und hat sich das noch mit 11,5 Millionen Euro vergüten lassen. Ein Vorgang, der mehr als bemerkenswert ist und sehr wenig mit verantwortungsbewusstem unternehmerischem Handeln zu tun hat. Mich persönlich hat diese Handlungsweise insbesondere von Herrn Hartmut Müller sehr enttäuscht.

Die gesamte Rede von Herr Hausmann finden Sie [hier](#).

Dr. Günther Hausmann: Rede auf der HV der UmweltBank AG

Die UmweltBank AG steht für ein Bankgeschäft mit ökologischer und sozialer Verantwortung und hat als einzige Bank in Deutschland den Umweltschutz in ihrer Satzung verankert. Sie steht aber nicht nur für die Finanzierung umweltfreundlicher Projekte, sondern sie ist durchaus auch eine rentable Bank, die ansehnliche Gewinne erwirtschaftet und ihren Aktionären eine ordentliche Dividende zu zahlen vermag.

Eine Kennziffer, die die Ertragsstärke der Bank widerspiegelt ist die Cost Income Ratio, die bei respektablen 32,7 Prozent liegt, d.h. um 1 Euro Ertrag zu erwirtschaften benötigt man nur ein Aufwand von knapp 33 Cent. Bei den deutschen Großbanken liegt dieser Wert bei über 80 Prozent. Dieser hervorragende Wert bedeutet: Die UmweltBank ist schlank und kostengünstig aufgestellt und das hat man auch am Aktienmarkt verstanden, weshalb der Kurs nach einem Rückgang im vergangenen Jahr heuer schon um fast 40 Prozent gestiegen ist.

Meine Fragen an die Geschäftsleitung: Die mit Abstand wichtigste Ertragskomponente ist der Zinsüberschuss, der hauptsächlich infolge des sehr niedrigen Zinsniveaus unter Druck gekommen ist. Wie hoch war 2018 Ihre Zinsspanne und wie wird sie sich heuer beziehungsweise in den nächsten Jahren entwickeln?

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Kapitalmarkt



So gelingt das Investment in Megatrends

In Megatrends investieren – wer will das nicht? Eine Entwicklung, die auf der Hand liegt, als Investor begleiten und damit attraktive Renditen einfahren? Doch ganz so einfach ist es leider nicht. Obwohl Megatrends lange anhalten, gibt es immer wieder Rückschläge und Veränderungen, bei denen auch Anleger umdenken müssen. Wer stoisch an einen Trend glaubt, kann sein blaues Wunder erleben. Denn auch bei Megatrends an der Börse gilt: es kommt oft anders, als man denkt. Doch was sind Megatrends eigentlich?

Der Begriff geht auf den Zukunftsforscher John Naisbitt zurück und stammt aus dem Jahr 1982. Damals wurden Megatrends als grundlegende und langfristige Veränderungen von Gesellschaften definiert, deren Prozesse fünf, zehn oder mehr Jahre andauern können. Der Vermögensverwalter Blackrock nennt als Beispiele den demografischen und sozialen Wandel, den Klimawandel und die Ressourcenknappheit, die zunehmende Urbanisierung und den

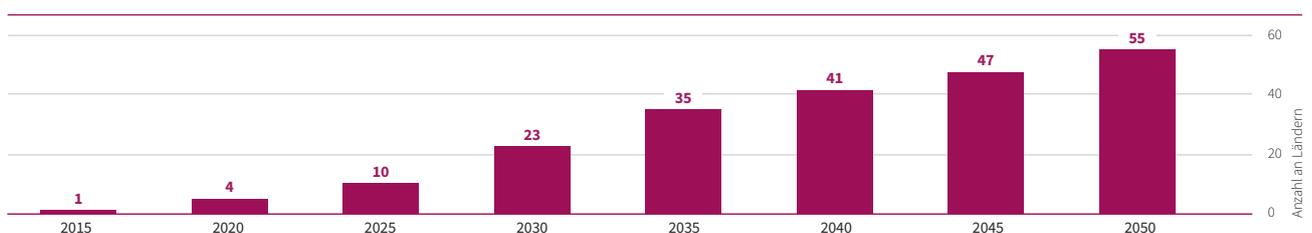
technologischen Durchbruch. Was unter diesen teils abstrakten Begriffen subsummiert werden kann, begegnet uns auch im Alltag: Die Diskussion um alternative Antriebe oder der Personalabbau bei Autoherstellern gehören in den Bereich des Klimawandels. Die Diskussion um Datenschutz oder die Besteuerung von Maschinen sind Teil des technologischen Durchbruchs. Wenn Millionen Chinesen statt traditioneller chinesischer Medizin moderne Therapieformen einfordern und diese wegen der zunehmend westlichen Ernährung auch benötigen, ist das ein Symptom des demografischen und sozialen Wandels.

Doch wie können Anleger in Megatrends und Subtrends investieren? Das Beispiel der Antriebswende in der Automobilindustrie kann verdeutlichen, wo Fallstricke liegen. Aktuell gilt Elektromobilität als die Zukunft. Unternehmen wie Tesla sind technologische Vorreiter und gelten auch bei Kunden als angesagt. Doch wer sagt uns, dass Tesla am Ende des Trends wirklich der Gewinner ist? Stand heute ist nicht einmal klar, ob die Autos der Zukunft wirklich mit Akkus ausgestattet sind oder nicht doch Wasserstofftanks oder andere Energiequellen nutzen. Auch zeigt das Beispiel von Nokia aus dem Mobilfunkbereich, dass die Marktführer von heute die Verlierer von morgen sein können.

Ein Megatrend: Immer mehr ältere Menschen

Anzahl an Ländern, deren Bevölkerung zu >30 Prozent über 60 Jahre alt ist

Quelle: www.un.org



Die DSW ist Mitglied von

BF BETTER FINANCE
The European Federation of Investors and Financial Services Users
Fédération Européenne des Epargnants et Usagers des Services Financiers

www.dsw-info.de

DSW
Die Anlegerschützer

Mit ETFs auf die Herde statt aufs falsche Pferd setzen

Während sich Megatrends leicht empirisch anhand von Statistiken belegen lassen, sind deren konkrete Folgen alles andere als absehbar. Für Investoren ist das ein potenzielles Risiko. Es ist nämlich keineswegs so, dass das Investment in Tesla eine todsichere Sache ist, auch wenn niemand daran zweifelt, dass fossile Treibstoffe auf Sicht von zehn bis zwanzig Jahren ausgedient haben werden. Anleger sollten sich bewusst darüber sein, dass es sehr schwer ist, schon heute die geeigneten Einzelwerte zu finden, um von einem Megatrend profitieren zu können – zu unsicher ist die ferne Zukunft.

Es bietet sich daher an, in langfristige Entwicklungen mittels Fonds zu investieren. Das können einerseits aktiv verwaltete Fonds sein, die sich in einer bestimmten Nische ein großes Knowhow angeeignet haben und Anteilseigner davon profitieren lassen. Doch auch passive Produkte, wie ETFs, erfüllen diesen Zweck. ETFs auf Megatrends basieren auf Indizes, die mehrere Unternehmen zu einem bestimmten Thema enthalten. Wer den ETF kauft, hat damit automatisch alle möglichen Unternehmen indirekt im Portfolio und profitiert von deren Entwicklung. Diese Streuung kann Sinn machen – vor allem, weil nicht absehbar ist, wie sich ein Megatrend konkret entwickelt. Die Auswahl potenzieller ETFs ist groß: Von Elektromobilität über Künstliche Intelligenz bis hin zur Alterung – immer mehr ETF-Emittenten haben entsprechende Lösungen im Angebot. Doch auch klassische Themen-ETFs können Alternativen sein, beispielsweise auf Gesundheitstitel. Diese Lösungen sind in der Regel sogar etwas günstiger als Themen-Produkte mit dem Label „Megatrend“.

Volatilität bei Zukunftswerten als Chance sehen

Obwohl es sich langfristig anbietet, bei Megatrends eher diversifiziert als konzentriert zu investieren, sollten Anleger

das Timing nicht außen vor lassen. Eine alte Börsenweisheit besagt, dass der Gewinn im Einkauf liegt. Gerade bei langfristigen Engagements bietet es sich daher an, Positionen in Tranchen aufzubauen und Rückschläge zum Einstieg zu nutzen. Obwohl uns das Bild vom Megatrend den Eindruck einer kontinuierlichen Entwicklung gibt, sieht es an der Börse oft anders aus. Da erweisen sich bestimmte Ideen von Unternehmen als Fehlschlag oder es ist einfach nur der Gesamtmarkt, der Investoren Kapital vom Markt abziehen lässt. Gerade Zukunfts-Investments werden dann mangels Substanz besonders stark abgestraft.

Doch dass Megatrends an der Börse auch von Rückschlägen gekennzeichnet sind, hat auch seine guten Seiten: Es besteht kein Zeitdruck. Auch wenn manche Medien und Experten mit Blick auf die neueste Trend-Aktie gerne den Eindruck vermitteln, die Früchte der Digitalisierung würden schon am übernächsten Handelstag geerntet, ist dem keineswegs so. Anleger haben also gerade bei Megatrends alle Zeit der Welt und sollten diese auch nutzen, um Schritt für Schritt und zu günstigen Konditionen einzusteigen. Auch hier sind diversifizierte Produkte wie ETFs im Vorteil, da Anleger hier weniger als bei Einzelwerten den Eindruck haben, etwas zu verpassen.

Anleger müssen ihre Hausaufgaben machen

Ist ein Portfolio erst einmal an einem oder mehreren Megatrends ausgerichtet, müssen Investoren wie sonst auch ihre Hausaufgaben machen. Sich auf Prognosen rund um Megatrends zu verlassen, reicht in der Regel nicht. Wichtig ist, dass das angekündigte Wachstum auch bei den Unternehmen im eigenen Portfolio ankommt. Daher ist es wichtig, technologische, politische oder soziale Veränderungen im Blick zu haben und auch die Zusammensetzung von Indizes kritisch zu hinterfragen. Auch wenn es Sinn macht, seine Finanzplanung an Megatrends auszurichten – ein Selbstläufer sind solche Investments noch lange nicht.

Ausgewählte Megatrend-ETFs

Stand: 06.08.2019 | Quelle: fit4fonds.de
* Total Expense Ratio = jährliche Gesamtkostenquote

Fondsname	Fondsgesellschaft	ISIN	Kurs	Performance in Prozent		TER*	Ausgabeaufschlag in Prozent
				seit Jahresbeginn	3 Jahre		
L&G ROBO Global Robotics and Automation UCITS ETF	LGIM ETF	IE00BMW3QX54	14,07 USD	20,85	48,02	0,80	0,00
iShares Digitalisation UCITS ETF USD (Acc)	BlackRock AM	IE00BYZK4883	6,66 USD	27,81		0,40	0,00
Xtrackers MSCI World Health Care UCITS ETF 1C	Concept Fund Solutions	IE00BM67HK77	33,38 USD	12,54	19,95	0,30	0,00

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



Der Kanarienvogel von Seoul

Der Leitindex der südkoreanischen Börse ist ein Spiegelbild der Weltwirtschaft. Ein Investment in den Kospi ist eine Wette auf ein friedliches Ende der Handelskonflikte.
Von Dr. Markus C. Zschaber

Den Kospi haben nur wenige Investoren auf dem Zettel. Dabei zeigt der Korea Composite Stock Price Index nicht nur die Wertentwicklung südkoreanischer Konzerne an, sondern ist zugleich auch eine Art Seismograf der globalen Wirtschaft. Ob der Konjunkturmotor rund läuft oder stottert, lässt sich am Leitindex der Börse in Seoul besonders gut ablesen. Unter Fachleuten gilt der Kospi als „Kanarienvogel in der Kohlemine“. Sie wissen ja: Fällt der Vogel in der Mine tot um, gibt es bald keinen Sauerstoff mehr.

Seit gut einem Jahr poltert US-Präsident Donald Trump gegenüber China, aber auch der EU und anderen Ländern wie Mexiko, Kanada und Iran. Die US-Bürger kaufen ihm zu viele ausländische Güter, weshalb er mit der Zollkeule rumfuchtelt und auch zuschlägt. Der Enkel deutscher Auswanderer aus Kallstadt in der Pfalz – damals zum Königreich Bayern gehörend – zettelt Handelskonflikte an, die mittlerweile das Wirtschaftswachstum etlicher Staaten belasten. Abzulesen ist das auch am Kospi.

Chaebols haben Südkorea groß gemacht

Seit Anfang 2018 befindet sich der Index – kurze Erholungsphasen inklusive – im Sinkflug. Ähnlich wie die deutsche Industrie sind südkoreanische Unternehmen extrem stark auf den Export ausgerichtet. Während in Deutschland die für hiesige Verhältnisse zu billige Euro-Währung dafür maßgeblich mitverantwortlich ist, hat Südkorea jahrzehntelang eine gezielte Exportförderung betrieben. Bis heute bilden Großkonzerne die Basis des wirtschaftlichen Aufstiegs Südkoreas vom Bauern- zum Industriestaat innerhalb nur einer Generation. Die großen Konglomerate – Chaebols („reiche Clans“) genannt – erwirtschaften einen Großteil des Bruttoinlandsprodukts.

Das bekannteste Chaebol ist Samsung. Bei Smartphones und Fernsehern ist der Konzern weltweit die Nummer eins. Bei Hausgeräten und in der Medizintechnik befindet sich Samsung auf den Weg an die Spitze. Weitere geläufi-



Zur Person

Die Vermögensverwaltungsgesellschaft Dr. Markus C. Zschaber ist seit ihrer Gründung vor mehr als zwei Jahrzehnten auf das Segment der aktiven Vermögensverwaltung spezialisiert und bietet diese unabhängig, hochprofessionell und langfristig orientiert an. Ihr Gründer und Geschäftsführer Dr. Markus C. Zschaber gilt als einer der erfahrensten und renommiertesten Vermögensverwalter in Deutschland und begleitet weiterhin alle Prozesse im Unternehmen aktiv mit. Weitere Informationen finden Sie unter www.zschaber.de

ge Namen sind der Elektronikkonzern LG, der Autobauer Hyundai, der Halbleiterhersteller SK Hynix und der Mischkonzern Daewoo, der in Bereichen wie Schiffbau, Waffenproduktion und Finanzen tätig ist. Die genannten Unternehmen haben ein hohes Gewicht im Kospi.

Handelsstreitigkeiten machen der Wirtschaft zu schaffen

Hauptabsatzmarkt der großen Konzerne ist China mit seinen rund 1,3 Milliarden Menschen. Wenn nun der Handelsstreit mit den USA das Wachstum im Reich der Mitte drosselt, bekommt das auch die südkoreanische Wirtschaft zu spüren. Und als brächte dieser Konflikt nicht bereits Probleme genug mit sich, macht nun auch noch Japan Ärger. Anfang Juli erschwerte die japanische Regie-

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



zung den Export wichtiger Vorprodukte und Materialien für südkoreanische Hightech-Konzerne. Hintergrund ist ein Streit um eine Entschädigung von koreanischen Zwangsarbeitern. Korea war von 1910 bis 1945 eine Kolonie des Japanischen Kaiserreichs. Die Auseinandersetzung landet nun wohl bei der Welthandelsorganisation.

Spannende Spekulation

Die Abhängigkeit der südkoreanischen Konzerne vom Export macht den Leitindex Kospi zu einer interessanten Spekulation. Sobald die Handelskonflikte China – USA sowie Japan – Südkorea beigelegt sind, dürften die Kurse in Seoul kräftig steigen. In diesem Fall könnte ein ETF auf den Kospi Anlegern viel Freude bereiten. Gleichzeitig ist das Risiko vertretbar. In der momentan schwierigen Lage hat die südkoreanische Regierung bereits ein Infrastrukturprogramm aufgelegt. Gleichzeitig deutete sie Reformen im Bereich Corporate Governance an. Bisher gelten Chaebols als wenig transparent. In Zukunft sollen die Interessen der Aktionäre mehr Beachtung finden.

Disclaimer

Der Inhalt der Kolumne dient ausschließlich der Information und stellt keine Anlageberatung, sonstige Empfehlung im Sinne des WpHG dar. Die Inhalte können eine Anlagebe-



ratung nicht ersetzen. Ferner sind die Inhalte nicht als Zusage oder Versicherung etwaiger Kursentwicklungen zu verstehen. Kursentwicklungen in der Vergangenheit bieten keine Gewähr für die Wertentwicklung in der Zukunft. Die Inhalte sollen nicht als Aufforderung verstanden werden, ein Geschäft oder eine Transaktion einzugehen. Die Inhalte wurden mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Die Inhalte basieren auf Quellen, die wir für zuverlässig halten. Für die bereitgestellten Inhalte übernehmen wir jedoch keine Gewährleistung für die Vollständigkeit, Korrektheit und Aktualität. Die Nutzung der Inhalte erfolgt auf eigene Gefahr des Nutzers.

Dow Jones: Besser als erwartet

Das erste Halbjahr 2019 war turbulent. Krisen und Konflikte beinahe überall, meistens mit US-amerikanischer Beteiligung. Trotzdem ging es im Dow Jones bergauf, es war die beste erste Jahreshälfte seit 22 Jahren. Wer auf die richtigen Titel setzt, könnte auch in den kommenden Monaten mit US-Aktien eine zufriedenstellende Rendite erzielen.

Der Ausgang des Brexits ist nach wie vor ungewiss, die Konflikte im Nahen Osten verschärfen sich wieder und die USA sind im Handelsstreit mit fast allen größeren Partnern. Alles Faktoren, die für Unsicherheit an den Börsen

sprechen – allerdings gibt es dank des niedrigen Zinsniveaus auch kaum attraktive Anlagealternativen. Zudem zeigten sich die Märkte im ersten Halbjahr erstaunlich unbeeindruckt von den meisten politischen Querelen. Auf Trump'sche Drohungen oder Ankündigungen eines harten Brexits reagierten sie kaum noch. Schließlich zeigen die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit, dass nicht jeder populistischen Ankündigung immer auch Taten folgen. Kurzum: Die Märkte haben sich an das konstante Risiko gewöhnt. Dies bedeutet aber nicht, dass drohende Gefahr ignoriert werden.

Der Dow Jones trotz den Krisen

Die kürzlich erneute Verschärfung des Handelskonflikts zwischen den USA und China zeigt dann auch, dass der Dow Jones nicht unverwundbar ist. Er knickte merklich ein.

Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



Außerdem sollte auch nicht vergessen werden: Der Absturz im Dezember 2018 war heftig (zwischenzeitlich um über 12 Prozent), die erfreuliche Performance in den zurückliegenden Monaten ist teils auch eine Korrektur dessen.

Der US-Aktienmarkt bietet nach wie vor Chancen. Entscheidend ist aber, Ruhe zu bewahren. Die externen Kräfte haben zugenommen, die auf die Kurse einwirken, doch bisher kam die Erholung stets schneller, als zu erwarten war. Langfristiges Wachstum gibt es noch immer. Dass das aber nicht mehr so leicht zu erzielen ist wie noch vor einigen Jahren, zeigt das Beispiel des berühmtesten Investors der Welt: Warren Buffetts Investmentgesellschaft Berkshire Hathaway sitzt auf 122 Milliarden Dollar Cash – und findet keinen guten Deal für eine Übernahme.

Doch weshalb sollten Anleger ihre Ersparnisse in dem Land investieren, das zuletzt die Weltgemeinschaft und den Kapitalmarkt immer wieder mit neuen Hiobsbotschaften in Atmen hielt? Weil die Folgen des Säbelrasselns in den USA seit einiger Zeit zuletzt und am sanftesten spürbar waren. Die US-Regierung weiß zuerst, wann sie welche Entscheidung trifft – und entgegen des öffentli-

chen Misstrauens arbeiten dort noch immer bestens ausgebildete Ökonomen, die die Effekte auf den eigenen Markt regulieren. Ob die US-Wirtschaft auf diese Weise langfristig erfolgreich sein kann, darüber scheiden sich die Geister. Doch solange sie es ist, lässt sich hier womöglich am sichersten mitverdienen.

Selbst die zurückhaltende Zinssenkung der US-Notenbank Fed lässt sich insofern als positives Signal lesen, als sie nur eine Delle im Aufschwung ausgleichen soll; ein sogenanntes „midcycle adjustment“. Sollte die Entwicklung der US-Wirtschaft daraufhin tatsächlich noch weiter nach oben zeigen, wäre das ein sehr positiver Ausblick. Verliert der US-Konjunkturmotor hingegen an Fahrt, hätte die Fed angesichts der vorsichtigen Zinssenkung noch genügend Handlungsspielraum, um gegenzusteuern.

Trotz des robusten Verlaufs in den ersten Monaten und der zahlreichen Unruheherde könnten Anleger mit dem Dow Jones also auch den Rest des Jahres und darüber hinaus eine erfreuliche Rendite erzielen. Den nächstbesten Dow-Jones-Wert ins Depot legen, ist dabei aber sicherlich kein erfolgsversprechendes Rezept.

Europäische Werte haben das Nachsehen

Dow Jones und EuroStoxx 50 im Fünfjahresvergleich

Quelle: ariva.de
Indiziert auf 100 am 06.08.2019



Die DSW ist Mitglied von

BF BETTER FINANCE
The European Federation of Investors and Financial Services Users
Fédération Européenne des Epargnants et Usagers des Services Financiers

www.dsw-info.de

DSW
Die Anlegerschützer

Stärkste Wertentwicklungen – mit Aussicht auf Kontinuität

An der Spitze stehen die soliden Einzelwerte, die die in der Breite abflachende Kurve stützen, und mit denen Anleger auch im weiteren Jahresverlauf gut fahren könnten: Visa und American Express sind schon seit langem eine solide Bank, und auch Microsoft hat ein makelloses erstes Börsenhalbjahr erlebt.

Technologieaktien sind auch allgemein weiter die großen Treiber im Dow. Hier wird in die Entwicklungen von morgen wie autonomes Fahren oder Industrie 4.0 investiert. Selbst wenn mal kleinere Kursdellen die Stimmung trüben, sind diese Unternehmen in der Regel agil genug, schnell entsprechend zu reagieren und einen neuen Kurs einzuschlagen. Da diese Branchen gerade im Digitalbereich oft auch unabhängig vom Ausland agieren können, macht ihnen auch die protektionistische Politik der USA nicht allzu sehr zu schaffen, zumindest vorerst. So setzte sich US-Präsident Donald Trump zuletzt vehement gegen die geplante französische Digitalsteuer ein, die die US-Technologieriesen treffen würde.

Hinzu kommt: Trotz aller Unstimmigkeiten dürften die westlichen Nationen im zugespitzten Handelskonflikt auf absehbare Zeit wohl auf der Seite der USA stehen. Das stärkt die US-Technologiepapiere perspektivisch zusätzlich. Zwar gibt es auch andernorts durchaus vielversprechende Technologie-Firmen; doch die Kerntechnologien, die innovativsten Konzerne mit der größten Kompetenz beschränken sich neben China eben vor allem auf die USA. Hier fällt die Entscheidung über den engeren Partner leicht.

Volatiles Wachstum mit mittlerem Risiko

Die drei großen Gewinner sind aber nicht die einzigen starken Wachstumswerte des bisherigen Börsenjahrs. Es gibt noch andere Papiere, bei denen kein großer Absturz zu erwarten ist, die aber ein klein wenig Mut erfordern.

Auch hier ist der Top-Wert wieder eine Technologie-Aktie: Die Kalifornier von Apple haben ein enormes Year-to-date-Wachstum. Der Smartphone-Markt kühlt in den letzten Jahren deutlich ab, das zweite Halbjahr ist für Samsung und Apple daher immer etwas riskant. Sie bringen ihre neuen Smartphones meist so auf den Markt, dass sie zum

Weihnachtsgeschäft bereits einigermaßen etabliert sind, Samsung in der Mitte des Jahres, Apple Ende des dritten bis Anfang des vierten Quartals. Dieser Stärke-Zyklus kehrte sich im Rahmen der Abkühlung zuletzt teilweise um. Für Apple spricht in diesem Jahr allerdings, dass Samsung sich mit dem unausgereiften Galaxy Fold in diesem Jahr schon eine Schlappe geleistet hat, der Marktstart musste verschoben werden. Wenn das im September erwartete iPhone kein Totalausfall wird, dürfte das der Aktie helfen. Gerade aufgrund der immer noch großen Abhängigkeit von der Handelsroute nach China ist die Apple-Aktie dennoch mit einer gewissen Vorsicht zu genießen.

Goldman Sachs hat seit Jahresbeginn mehrfach Schubweises Wachstum verzeichnet und könnte vermutlich dennoch ein wenig Luft nach oben haben. Die größten Gewinne sind dabei nicht zu erwarten, aber stabiles Wachstum ist möglich. Mit dem richtigen Riecher können hier aber wohl auch in relativ kurzer Zeit Gewinn erzielt werden.

Beim IT-Spezialisten IBM sieht die Kurve bisher ähnlich aus. Das Wachstum fiel noch kräftiger aus, es ist aber relativ offen, ob hier vom Jahr noch viel zu erwarten ist. Der Kurs liegt schon deutlich in der Nähe des letztjährigen Top-Wertes, das Jahrespotenzial könnte hier auch schon ausgeschöpft sein.

Der Versicherer Travelers Inc. ist nach einem zuletzt erklommenen Hoch wieder etwas abgesackt, kann aber durchaus weiter anziehen. Versicherer sind in unsicheren Zeiten oft ein gutes Investment.

Walt Disney könnte erstaunlicherweise der „Geheimtipp“ des US-Börsenbarometers werden. Der Streaming-Service Disney+ ist mit den Disney- und Pixar-Filmen, Star Wars, vielen Fox-Produktionen und den Marvel-Filmen und -Serien eine sehr starke Marke. Der Marktstart im November könnte der Aktie einen weiteren Schub verleihen. Fraglich ist hier nur, was mit den Streaming-Services allgemein geschieht. Das Erfolgsrezept von Netflix war es, für einen günstigen Monatspreis enorm viele Inhalte zu bekommen. Wenn sich das Angebot nun auf viele Anbieter aufteilt, die jeweils eigene Gebühren verlangen, scheint eine Marktkonsolidierung schon jetzt unausweichlich. Disney ist dabei aber alles andere als chancenlos, die Zusammenstellung der Inhalte ist eine deutliche Kampfansage.

Noch hilft der Anlagedruck den Aktienmärkten

Liebe DSW-Mitglieder,

die Renditen der portugiesischen und spanischen Staatsanleihen fallen. Sie bewegen sich in Richtung null Prozent. Selbst mit italienischen Staatsanleihen ist kaum noch Rendite zu machen. Und was machen die Anleger?

Nun, die Halbjahresbilanz der Aktienmärkte kann sich sehen lassen. Die meisten Indizes konnten seit Jahresanfang mit zweistelligen Prozentzahlen zulegen. Getrieben wurden die Märkte von einem Anstieg der Bewertungen. Das Verhältnis der Kurse zu den erwarteten Gewinnen stieg beim DAX um 15,8 Prozent, während die Bewertung des amerikanischen S&P 500 um 18,4 Prozent zulegte. Der Grund für die Verteuerung hüben und drüben des Atlantiks sind die Notenbanken, die nicht mehr wie im vergangenen Jahr Zinserhöhungen beabsichtigen, sondern eine weitere geldpolitische Lockerung.

Die konjunkturellen Vorzeichen für die Gewinnentwicklung im zweiten Quartal sind nicht besonders gut. In den USA dürfte sich das Wachstum nach einem annualisierten Plus von 3,1 Prozent im ersten auf etwa 1,6 Prozent im zweiten Quartal abgeschwächt haben. Der Einkaufsmanagerindex ist im Juni auf 50 gesunken und liegt damit an der Grenze zum kontraktiven Bereich. Auch in Europa hat sich die Konjunkturdynamik verlangsamt. Das Deutsche Wachstum könnte sogar negativ gewesen sein.



Das konjunkturelle Umfeld spricht nicht für steigende Umsätze, während gleichzeitig die Margen bei vielen Unternehmen unter Druck geraten. Der Aktienmarkt bleibt damit weiter abhängig von der Unterstützung durch die Notenbanken. Entscheidend wird sein, dass der neue geldpolitische Kurs nicht nur die Kapitalmärkte stimuliert, sondern auch die reale Wirtschaft. Die Schwere zwischen konjunktureller Entwicklung und der Bewertung der Aktienmärkte öffnet sich immer mehr. Die positive Korrelation beider Parameter ist beendet.

Ihr
Wolfram Neubrandner
Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club
finden Sie unter www.hac.de.

(Haftungsausschluss: Dieser Kommentar wurde nur zu Informationszwecken erstellt. Er ist kein Angebot zum Kauf/Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Anlageinstrumenten)

IR-Kontakte

Die Investor-Relations-Abteilungen stellen sich vor



Bechtle AG

Martin Link
Leitung Investor Relations
Bechtle AG
Bechtle Platz 1
74172 Neckarsulm

Tel. +49 (0) 7132 981-4149
E-Mail: ir@bechtle.com
Web: www.bechtle.com



Viscom AG

Anna Borkowski
Investor Relations Manager
Viscom AG
Carl-Buderus-Straße 9-15
30455 Hannover

Tel. +49 511 94996-861
E-Mail: investor.relations@viscom.de
Web: www.viscom.com



KPS AG

Isabel Hoyer
Investor Relations
KPS AG
Beta-Straße 10H
85774 Unterföhring

Tel. +49 89 35631-0
E-Mail: ir@kps.com
Web: www.kps.com



Wirecard AG

Iris Stöckl
VP Investor Relations
Wirecard AG
Einsteinring 35
85609 Aschheim

Tel. +49 (0) 89 4424-1788
E-Mail: InvestorRelations@wirecard.com
Web: www.wirecard.de / www.wirecard.com



Siltronic AG

Petra Müller
Corporate Vice President
Head of Investor Relations &
Communications
Siltronic AG
Hanns-Seidel-Platz 4
81737 München

Tel. +49 89 8564 3133
E-Mail: investor.relations@siltronic.com
Web: www.siltronic.com



Deutsche Telekom AG

Hannes Wittig
Head of Investor Relations
Deutsche Telekom AG
Friedrich-Ebert-Allee 140
53113 Bonn

Tel. 0228 181 88 880
E-Mail: investor.relations@telekom.de
Web: www.telekom.com/ir



Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



IR-Kontakte

Die Investor-Relations-Abteilungen stellen sich vor



DEUTZ AG

Christian Krupp
DEUTZ AG
Ottostr. 1
51149 Köln (Porz-Eil)

Telefon +49 221 822 5400
Telefax +49 221 822 15 5401
E-Mail: ir@deutz.com
Web: www.deutz.com



SURTECO GROUP SE

Martin Miller
Investor Relations
SURTECO GROUP SE
Johan-Viktor-Bausch-Str. 2
86647 Buttenwiesen

Tel. +49 8274 9988-508
E-Mail: info@surteco-group.com
Web: www.surteco-group.de

**SURTECO
GROUP**

we create.
we innovate.

VIB Vermögen AG

Petra Riechert
Leiterin Investor Relations
Tilly-Park 1
86633 Neuburg/Donau

Tel. +49 8431 9077 952
E-Mail: petra.rieichert@vib-ag.de
Web: vib-ag.de



HOCHTIEF Aktiengesellschaft

Tobias Loskamp, CFA
Head of Capital Markets Strategy
Opernplatz 2
45128 Essen

Tel. +49 201 824 1870
E-Mail: investor-relations@hochtief.de
Web: www.hochtief.de



Die DSW ist Mitglied von



www.dsw-info.de



Schon Mitglied?

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

ab sofort: große DSW-Aktion

Jetzt
DSW-Mitglied werden
inklusive **FOCUS-MONEY**

erst ab 2020 zahlen

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:

DSW –
Deutsche Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60

Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de